



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VIII/75 - 30.3.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Die Schwäche der deutschen Saarposition	S. 1
Die Krise der französischen KP	S. 3
Einseitige Begabtenstatistik	S. 5
Kiel enttäuschte Blank	S. 7

Saar-Hoffmann droht der deutschen Opposition

x - Saarbrücken

Dieser Beitrag unseres Korrespondenten aus Saarbrücken enthält angesichts der in Washington getroffenen Vereinbarungen eine besondere Aktualität. Die französische und amerikanische Regierung kamen überein, daß "die Gewährung eines europäischen Status für die Saar die Grundlage einer Saarlösung sein müsse und daß dieser Status im Einklang mit den Prinzipien der europäischen Verteidigungsgemeinschaft und der Montan-Union stehen solle". In der Zwischenzeit trifft Saar-Hoffmann im Einvernehmen mit Paris alle Maßnahmen zur völligen Niederschlagung jeder Opposition.

Der Chef der separatistischen "Saar-Regierung", Johannes Hoffmann, hielt auf dem Parteitag seiner Christlichen Volkspartei in Saarbrücken eine Rede, die Beachtung verdient. Sie ist für die deutsche Politik nicht etwa deshalb interessant, weil er darin wieder einmal den Versuch machte, seine Politik der endgültigen Trennung der Saar von Deutschland mit der Tarnkappe europäischer Zielsetzung zu versehen, sondern wegen der massiven Drohungen, die er gegen alle diejenigen aussprach, die diese Politik nicht aktiv unterstützen.

Der Beamtensapparat an der Saar, so sagte Hoffmann, sei zu einem großen Teil unzuverlässig und es gehe in Zukunft nicht an, daß Beamte wegen ihrer fachlichen Eignung gehalten werden, wenn sie keine Freunde oder gar Gegner der (separatistischen) Saarpolitik seien. Verschiedenes habe die Regierung schon getan in dieser

Hinsicht und sie werde alles einsetzen, um alle Leute aus der Verwaltung zu entfernen, die mit der Opposition liebäugeln. Hoffmann sagte ferner, die Regierung werde dafür sorgen, daß der sogenannten deutschen Opposition endgültig das Handwerk gelegt werde. Die Gesetze zum Schutz der inneren Ordnung, die bereits angekündigt seien, seien nun über das Stadium der Vorberatungen hinaus und könnten demnächst dem Landtag vorgelegt werden. Dann erst bestehe die Möglichkeit, alle Kräfte auszuschalten, die gegen die staatliche Ordnung und gegen die staatliche Autorität verstoßen.

Die Regierung gehe diesen Weg, weil sie die demokratische Ordnung gegen die Feinde der Demokratie schützen müsse, Herr Hoffmann und seine Freunde spielen sich nun also als Hüter der Demokratie auf, die sie täglich mit Füßen treten und der ihr System der Unterdrückung der freien Meinungsäußerung ins Gesicht schlägt. Daß es der Saarregierung mit ihren Drohungen ernst ist, zeigen die Ausweisungen deutscher Staatsbürger in der letzten Zeit und das zeigen auch die Entlassungen, Strafversetzungen und Benachteiligungen in Opposition stehender Beamten und Angestellten der Verwaltung.

Herr Hoffmann scheint zu wissen, daß er den starken Mann spielen kann, um so durch Erzeugung von Existenzangst die Opponenten gefügig zu machen, wenn es ihm schon nicht gelingt, sie von den krummen Wegen seiner Politik zu überzeugen. Er ist klug genug, um aus der Schwäche der deutschen Saarpolitik die Vorteile für sein System wahrzunehmen, die man ihm von Bonn aus geradezu anbietet.

Der deutsche Bundeskanzler hat mit den Vorsitzenden der drei verbotenen deutschen Parteien vor der Wahl vom 30. November 1952 dreimal verhandelt. Er hat eine Besprechung mit dem Vorsitzenden der Einheitsgewerkschaft und des verbotenen Industrieverbandes Bergbau gehabt. Damals ermutigte er sie in ihrer Haltung, und schließlich sei auch daran erinnert, daß er vor dem Deutschen Bundestag die Saarbevölkerung einmal zum Widerstand gegen das Regime Hoffmann aufforderte. Das scheint er heute alles vergessen zu haben. Weiß Hoffmann etwa, daß der Repräsentant der deutschen Politik bereit ist, die deutschen Kräfte an der Saar zu opfern und die Saar preiszugeben, um seiner Politik der kleineuropäischen Integration zum Siege zu verhelfen?

Dieser Eindruck besteht nach der Rede, die er vor dem Parteitag seiner Partei hielt. Er kann nur verwirrt werden, wenn der Bundeskanzler den Deutschen an der Saar die verbindliche Erklärung abgibt, daß die deutsche Politik ihnen den Schutz gewährt, dessen sie bedürfen. Wir meinen, es ist jetzt notwendig, den Kontakt mit den Vertretern der unterdrückten deutschen Opposition endlich wieder aufzunehmen und der französisch-saarländischen Politik der Gewalt und des Terrors die feste Haltung entgegenzusetzen, die allein den Erfolg der deutschen Sache und der Gerechtigkeit in der Saarfrage verbürgt.

+ + +

Thorez soll die KP Frankreichs retten

G.S.-Paris, Ende März

Die Nachricht, daß der französische Kommunist Casanova die französische Botschaft in Moskau um ein Rückreisevisum für den französischen Kommunistenführer Maurice Thorez ersuchte, beleuchtet die Schärfe des Kampfes, der innerhalb der Kommunistischen Partei Frankreichs um die Parteiführung ausgebrochen ist. Worum geht es bei diesem Kampf? Zunächst ganz einfach um die Nachfolge von Thorez, der physisch außerstande ist, die Partei zu leiten.

Dieser Kampf der Diadochen ist von einem anderen, eminent politischen Moment begleitet: Es geht um die neue "Linie", die nach Stalins Tod von der Kommunistischen Partei in Frankreich durchgeführt werden soll. Im Rahmen der von den Sowjets eingeleiteten "Friedensoffensive" werden in Frankreich Männer gebraucht, die es verstehen, geschmeidig zu sein (eventuell opportunistisch), um die These von der "friedlichen Koexistenz" auch in Frankreich in die Praxis umsetzen zu können. Duclos und Fajon sind diese Männer, die den neuen Kurs in einer gewissen Weise schon vorwegnahmen, als sie Marty ausschlossen und Tillon politisch "liquidierten" - eben die beiden Männer, die als "Linksradikale" galten und "revolutionäre Aktionen" wollten.

Die Rückkehr von Thorez nach Frankreich ist eine Bestätigung dafür, daß die Sowjets der Fraktion Duclos-Fajon Vertrauen schenken; eine Bestätigung der Vermutung, daß eine "neue Linie" die künftige Politik der Kommunistischen Partei Frankreichs leiten soll.

Doch kommt der Rückkehr von Thorez noch eine andere, nicht unwesentliche Bedeutung zu: Die Kommunistische Partei Frankreichs befindet sich in der größten Krise seit dem Jahre 1945. Anlässlich der Verhaftung der führenden kommunistischen Gewerkschaftler ist nicht einmal der Versuch eines Widerstandes unternommen worden. Die Partei und der Gewerkschaftsbund gaben keine Streiklösung heraus; beide Organisationen sind sich darüber klar, daß eine derartige Lösung bei der Arbeiterschaft nicht den geringsten Widerhall finden würde.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß auch ein kranker Thorez in der Lage sein könnte, in einem gewissen Maße der Partei die Autorität wiederzugeben, die sie seit seiner denkwürdigen Abreise nach Moskau verloren hat. Thorez ist im Grunde genommen der einzige kommunistische Führer, der noch über eine Autorität bei der Arbeiterschaft verfügt und dem es gelingen könnte, zwar nicht die Lage grundsätzlich zu ändern, aber doch dem Parteiapparat und insbesondere der Mitgliedschaft wieder Vertrauen einzuflößen.

Und beide haben es nötig: Wegen katastrophalen Leserausfalls mußte die kommunistische Abendzeitung "Ce Soir" ihr Erscheinen einstellen. Weiterhin hatte die Partei im Laufe des vergangenen Jahres einen Mitgliedsausfall von über 100000 zu verzeichnen. Nach zuverlässigen Informationen hat der kommunistische Gewerkschaftsbund, der bereits durch die Gewerkschaftspaltung im Jahre 1947 beeinträchtigt war, heute nur noch anderthalb Millionen Mitglieder.

Thorez wird die schwierige Aufgabe zufallen, in Zusammenarbeit mit Duolos (dessen Prestige bei den kommunistischen Parteimitgliedern sehr gelitten hat, seitdem er sich von der Polizei in Besitze wichtiger Parteidokumente verhaften ließ) die Partei wieder in Gang zu bringen. Eine schwere Arbeit, denn seit dem Tod Stalins ist Unsicherheit in die kommunistischen Reihen eingezogen. Das kommunistische Parteiorgan besitzt offensichtlich noch keine genügenden Informationen und weiß nicht, ob es Malenkow oder Erustschow zum "geliebten Führer" stempeln soll ...

Kommt Thorez mit genauen Anweisungen nach Paris zurück? Die kommenden Wochen werden wahrscheinlich eine Antwort auf diese Frage ermöglichen.

+ + +

"Gleichberechtigung" von Arbeitern und Unternehmern.

rw - Düsseldorf

Eine dankwürdige und aufschlußreiche Form von "Gleichberechtigung" der Arbeiter und Unternehmer zeigt sich an der Universität Köln. Sowohl die Arbeiter wie die Unternehmer haben das uneingeschränkte Recht, ihre Kinder studieren zu lassen und ihnen damit den Weg zu wichtigen und führenden Funktionen im öffentlichen Leben zu ebnen. Geradezu drastisch kommt dies auch in der Statistik der Universität zum Ausdruck. Im Einzugsgebiet der Universität Köln, zu dem u.a. das ganze Ruhrrevier zählt, haben genau so viele Arbeiter wie Unternehmer ihre Kinder auf die Universität Köln geschickt: Jeweils 4,6 Prozent der Studierenden dieser Universität sind Kinder von Arbeitern und Kindern von Unternehmern. Dabei stellen jedoch die Arbeiter im Einzugsgebiet der Kölner Universität ein gutes Drittel der Gesamtbevölkerung, die Unternehmer jedoch noch nicht einmal ein Prozent. Die Beamtenkinder rangieren mit 31 Prozent an der Spitze der Statistik, die Angestelltenkinder folgen mit 27 Prozent. Handwerker, Bauern und freie Berufe stellen die weiteren Prozentanteile.

In Ländern mit sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung wie vor allem Hessen haben diese Zahlen ein andersartiges Aussehen. Es bleibt sozialdemokratisches Ziel auch für das Land Nordrhein-Westfalen, hier das Verhältnis gesünder und sozial gerechter zu gestalten. Die intellektuellen Begabungen sind keineswegs in der Art verteilt, daß lediglich genau so viele Arbeiterkinder wie Kinder von Unternehmern den Ausbildungsweg über die höheren Schulen bis zu den Universitäten und von dort in das Leben hinaus gehen dürfen. Was nutzen alle Bestimmungen in der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen über den theoretischen Anspruch aller auf kostenlose Ausbildung bis zum Universitätsstudium, wenn dieser Anspruch Jahr für Jahr mit dem Hinweis hinausgezögert wird, noch seien zu viele andere Verpflichtungen vorhanden, um diese Bestimmungen bereits jetzt in Kraft treten lassen zu können. Was nutzen alle platonischen Beteuerungen, daß den Begabten durch alle erdenklichen Stipendien und Schulgelderlasse geholfen werde, wenn sich

erweist, daß real sich nichts verändert, daß praktisch die breite Schicht der Arbeiter von dem Weg der höheren Schulbildung ausgeschlossen bleibt.

Ein vorherrschender Wille ist hier am Werke, keine soziologischen Umschichtungen eintreten zu lassen. Die bürgerlichen Parteien, die mindestens im Falle der CDU weitgehend auch von Arbeiter- und Rentnerstimmen getragen sind, wollen mit allen Mitteln die Vorrechte für bestimmte Schichten erhalten. 4,6 Prozent Arbeiterkindern mag es bereits unter Bismarck gelungen sein, die schweren Hindernisse, die ihrem Ausbildungsweg entgegenstanden, zu überwinden. Es hat sich für sie praktisch nichts geändert. Die kurze Zeitspanne einer aktiven Förderung unter der Weimarer Republik ist für sie im heutigen Nordrhein-Westfalen noch nicht wiedergekommen.

Immer wieder tauchen von Zeit zu Zeit in kluge Worte gehüllte Analysen sogenannter Schulfachmänner auf, die beweisen wollen, daß Arbeiterkinder nun einmal den Kindern anderer Schichten unterlegen seien. Man will dies aus zahlreichen Untersuchungen, Befragungen und praktischen Beweisen erschen haben. "Haben wir nicht", so mag zum Beispiel ein solcher Trugschluß lauten, "alles Erdenkliche für begabte Kinder getan? Und der Erfolg? Nur die gleiche Zahl von Arbeiterkindern wie Kindern von Unternehmern hat die Universität erreicht. Damit ist die hohe geistige Qualität der Unternehmerschaft einwandfrei erwiesen". - Die Sozialdemokraten des Landes Nordrhein-Westfalen aber werden aus den Kölner Zahlen den Schluß ziehen, daß es Zeit wird, die Verfassung endlich in Kraft treten zu lassen. Wer wirklich begabt ist unter den Arbeiterkindern soll nicht mehr von der Ausbildung abgehalten, sondern zu ihr hingeführt werden.

+ + +

Staatsanwälte erläutern Terrorgesetz

(sp) In allen Großbetrieben der Sowjetzone läuft zur Zeit eine Versammlungskampagne, in deren Verlauf die Staatsanwälte vor den Belegschaften vor allem das "Gesetz zum Schutze des Volkseigentums" erläutern sollen. Dieses Gesetz hat einen offensichtlich terroristischen Charakter. Schon die Nichtablieferung von Verpackungsmaterial oder die Verwendung von Nägeln in geringsten Mengen für den privaten Gebrauch wird nach der bisherigen Praxis mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.

+ + +

Garnisonswürde - Garnisonbürde

F.B. Obwohl die Dienststelle Blank ständig darüber stöhnt, daß sie kaum zur Arbeit komme, weil in ihren Vorzimmern von der kompletten Wehrmachtsbaracke bis zur 0,8 /15-Dienstunterhose alles angeboten wird, ist sie insgeheim noch stolz darüber, daß in der westdeutschen Wirtschaft ein so "weitgehendes Verständnis" für die Bedürfnisse der kommenden Wehrmacht besteht. Zu den Geschäftsleuten und Vertretern haben sich in letzter Zeit auch die übereifrigen Stadtväter gesellt, die sich von der Position als künftige Garnisonstadt nicht nur Würde, sondern auch klingende Münze in ihren Stadtsäckel erhoffen.

Gerade darum ist es so wohltuend, von der letzten Sitzung der Kieler Stadtvertretung zu hören, wo sich nicht nur der Oberbürgermeister, sondern auch Vertreter der bürgerlichen Parteien dafür aussprachen, daß ihr Bedarf, "Stadt der Kriegsmarine" zu sein, restlos durch zwei Weltkriege gedeckt worden ist.

Ausgelöst wurde die Debatte anläßlich der Statberatung, als davon die Rede war, daß die Wiederansiedlung von Betrieben, vor allem auf dem Kieler Ostufer, entscheidend dadurch gehemmt werde, daß das ehemalige Reichseigentum durch die Dienststelle Blank beschlagnahmt ist, da mit einer Wiederverwendung für Wehrmachtsw Zwecke zu rechnen sei.

Es ist keine Frage, daß, wenn man sich für eine Verteidigung ausspricht, man auch in Kauf nehmen muß, Gelände und Anlagen für diese Wehrmacht bereitzustellen. Voraussichtlich wird auch die Stadt Kiel infolge ihrer geographischen Lage, wenn es einmal so weit ist, in diesen sauren Äpfel beißen müssen. Erfreulich aber ist, daß man in Kiel diesen Vorgang offensichtlich als ein notwendiges Übel und nicht als die Rettung aus aller Not betrachtet. Man hat dort aus der Vergangenheit gelernt, daß die Konjunktur, die eine neue Wehrmacht bringen kann, später sehr teuer zu bezahlen ist. Darum legt man jetzt entscheidenden Wert darauf, krisenfeste Industriebetriebe anzusiedeln, denn Uniformen für Blaujacken werden vielleicht wieder eines Tages nicht nur nicht hergestellt, sondern dürfen nur zivil gefärbt getragen werden. Kochtöpfe und Nähmaschinen aber werden immer gebraucht.

Verantwortlich: Peter Raunau